



Aufgenommen am 23. Mai 1979, anlässlich der Bundesversammlung der BRD. Als diese zusammentrat, um ein ehemaliges Mitglied der Hitlerpartei zum Präsidenten der Republik zu machen, kamen Arbeiter, Hausfrauen, Studenten, Schüler, Menschen aus allen Bevölkerungsteilen von überallher in die Bundeshauptstadt und führten unter dem Protest der Regierenden ein Brecht-Gedicht „Der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy“ auf.

HERAUS GEGEN POGROM + LAGER

9. November

In Wahrheit gibt es wohl keine aussichtslose Lage. Sondern je aussichtsloser die Lage scheint, desto größer ist die Wirkung, wenn man den Ausweg findet. Bei Bertolt Brecht heißt es sogar, daß „Me-ti lehrte: Umwälzungen finden in Sackgassen statt.“

Aber zunächst einmal scheint die gegenwärtige Lage aussichtslos, tut sich eine Zwickmühle auf, aus der es keinen Ausweg zu geben scheint.

Schützt euresgleichen

Auf der einen Seite wird der Rassismus, den wir und den eine entsetzte Weltöffentlichkeit in dem „vereinten Deutschland“ jetzt aufflammen sah, nicht von selbst zurückgehen. Im Gegenteil. Denn was könnte besser zum „Weitermachen“ ermutigen als das, daß man an einer Stelle den „Durchbruch“ geschafft,

an einem Abschnitt der „Front“ einen handfesten Sieg errungen hat, indem man mit Hoyerswerda die „erste deutsche Stadt ausländerfrei“ gemacht hat! Der Grund dafür liegt nicht in Hoyerswerda. In Hoyerswerda wird es nicht mehr Nazis und auf den rassi-

Fällt das (individuelle) Eigentum fällt das Pogrom

1.

Der Rassismus kommt nicht von der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot. Wenn der Rassismus von der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot käme, müßten alle, die besonders schwer von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot getroffen sind, besonders zum Rassismus neigen. Eben das wird von bürgerlichen Humanisten auch behauptet. Ihnen zufolge schützt dann vor Rassismus auch nur Charakter, allenfalls noch Erziehung. Das wäre ein schlechter Schutz. Zumal man schon gesehen hat, wie sich Humanisten selbst zu Rassisten gewandelt oder als solche entpuppt haben.

stischen Leim gehende Menschen geben als in vergleichbaren Orten. Und dort wurde „nur“ das gemacht, was am ziemlich westlichsten Ende dieses größeren Deutschlands, in Saarlouis, und mitten im Ruhrgebiet und und... gemacht wurde: „Ausländer raus“ geschrien, Fensterscheiben eingeschmissen, Feuer gelegt... Der Unterschied und vom Rassismus bejubelte „Fortschritt“ besteht darin, daß die „nicht-deutschen“ Einwohner deportiert wurden, bei Nacht und Nebel, an einen „unbekannten Ort“, wie die Nachrichtensprecher mitteilten... Es war also die Staatsmacht, die dem Rassismus mit Hoyerswerda einen solchen Erfolg beschert hat. Es war die Staatsmacht, die seit nunmehr einem Jahr auch jenseits der Elbe das Kommando hat. Und daß sie dort das Kommando hat und es ihre Entscheidung ist, was dort unterbleibt oder geschieht, sah man schon eine Woche später bestätigt: nämlich als man in Hoyerswerda das aus Westdeutschland gewohnte Bild von vielen Polizei-

hundertschaften sah, die mit Wasserwerfern gegen Demonstranten voringen. Nur waren diese Demonstranten keine Nazis, die Ausländer totschiagen, sondern Menschen, die ihrer Wut darüber Luft machten, wie die Ausländer zum Freiwild werden...

vor dem Schutz des Staates...

All dies müßte eigentlich reichen, damit einem sehr unwohl ist bei dem Gedanken, daß es eben dieser Staat sein soll, der die Ausländer besser schützen soll. Aber inzwischen wächst von Tag zu Tag die Bilanz der Ausschreitungen gegen Menschen anderer Nationen, werden welche von ihnen lebensgefährlich verletzt oder umgebracht. Es gibt keine einzige Wohnung und keine einzige Nacht mehr, in der sie in diesem Land sicher schlafen können. Und viele anständige Menschen werden vom Staat verlangen, daß er endlich „etwas tut“. Und dieselben Politiker, die durch ihre Attacken auf das Asylrecht dem Rassismus den Boden bereiten oder ihn mit der „Warnung“ vor einer „durchrassen“ Gesellschaft (Stoiber) selber predigen – dieselben Politiker würden sich nicht genieren zu sagen: „Ihr wollt gar keinen Schutz für die Ausländer“, falls man ihnen die Zustimmung versagt, wenn sie für ein „Durchgreifen“ mehr Polizei, Ermächtigungsmaßnahmen usw. verlangen.

Das ist die eine Seite der Lage, die so aussieht, als ob die Herrschenden von ihr nur profitieren können, egal, ob sie den Rassismus gewähren lassen oder anheizen oder ob sie sich als „Feuerwehr“ anbieten. So neu wäre der Grundgedanke übrigens nicht: Es hieß ja „Schutzhaft“ – Haft zum Schutz vor dem „Volkszorn“ –, was die Nazis mit den Juden und Kommunisten machten. Und es war wohl ein Lager, eine „zur Verfü-

2.

Der Rassismus kommt auch nicht einfach von den Rassisten. Er ist keine ansteckende Krankheit, die sich von selbst ausbreitet. Der Rassismus kommt auch nicht einfach von den Herrschenden. Sie können ihn gegebenenfalls sehr gut gebrauchen, nach innen und außen, d.h. zur Vorbereitung und Durchführung des Kriegs gegen andere Völker. Sie schrecken nicht davor zurück, den Rassismus zu propagieren und zu praktizieren. Aber sie können keinem Menschen befehlen, Rassist zu sein.

3.

Warum also werden Menschen, denen es tatsächlich schlecht geht, zu Anhängern des Rassismus und Gefolgsleuten der Rassisten? Weil sie sich nicht dagegen wehren, daß es ihnen schlecht geht. Wenn sie sich gegen die Klasse der Fabrikbesitzer wehren, die sie auf die Straße werfen, werden die Menschen die Schuldigen nicht dort suchen, wo sie nicht sind, unter ihresgleichen. Stattdessen werden sie zu Mitkämpfern gewinnen wollen, wer den gleichen Grund zum Kämpfen wie sie hat.

4.

Angesichts dessen ist der Rassismus heute womöglich noch gefährlicher als er es schon einmal in Deutschland war. Bis zur Niederlage der Arbeiterbewegung vor dem Faschismus war er unter den deutschen Arbeitern weniger verbreitet, als er es heute zu sein scheint. Die neuerliche Zunahme des Rassismus war von vornherein in der Einverleibung der DDR angelegt. Aber nicht nur wegen des Nationalismus, mit dem sie betrieben und von deutschen Nationalisten bejubelt wurde. Sondern den westdeutschen Arbeitern geht es ja keineswegs so gut, daß sie sich nicht wehren müßten. Soweit und solange sie sich nicht wehren, sind sie dazu zu kriegen, die Schuld bei denen zu suchen, denen von den Herrschenden noch schlimmer mitgespielt wird, bei den Ausländern, aber auch bei den Arbeitern der „heim ins Reich geholten“ DDR. Die allerdings haben in der Tat nur die Ausländer, an die sie die Tritte weitergeben können, die sie selbst empfangen.

Aber: wehe den Herrschenden und gut für die Arbeiter in Westdeutschland, wenn die Arbeiter in der DDR den Spieß umkehren und die ganze Last, die sie drückt, dorthin zurückschleudern, von wo sie herkommt – von denen, die ihre Herrschaft über die BRD bis an Oder und Neiße vorangetrieben haben. Es ist schon wahr: Gewalt wird durch Gewalt erzeugt. Aber es ist nicht bloß schändlich, wenn man die empfangene Gewalt an Schwächere weitergibt statt an die, von denen sie ausgeht. Sondern es macht einen zum Werkzeug und Spielball in deren Händen.

gung gestellte Kaserne“, das die weggeschafften Ausländer mit ihren Wohnungen in Hoyerswerda zu tauschen hatten – zu ihrem eigenen Schutz. Was die Nazis mit und in ihren Lagern taten, war so grauenvoll, daß man jeden Vergleich damit tunlichst unterlassen wird. Aber wer deswegen Deportationen, Schutzlager usw. hinnimmt, der nimmt nicht nur eine Logik hin, die fatal ist, sondern der muß sich die Frage gefallen lassen, woher er wissen will, was nicht passieren wird. Und was soll – im Vergleich zu dem, was die Nazis mit den Lagerinsassen taten – als Bagatelle hingenommen werden, die man „total überforderten“ Wachmannschaften „nachsehen“ muß? Wenn einem „die Hand ausrutscht“ oder „schon“, wenn sie die Insassen „blöd“ anreden, wie es so schön heißt: „Du bist schließlich zu deinem eigenen Schutz hier, merk dir das. Bist schließlich freiwillig in unser Land gekommen...“? Um als Ausländer letzteres zu hören, braucht man allerdings nicht erst im Lager zu sein; das wird einem auch außerhalb vorgehalten. Das „Argument“ wird dadurch nicht besser, sondern zeigt allenfalls, daß man nicht erst zur Wachmannschaft eines Lagers gehören muß, um wie diese zu denken. Es wäre sozusagen ein zusätzlicher später Erfolg des Nazismus, wenn der Hinweis auf die Größe seiner Verbrechen dazu gut ist, geringeres zur Bagatelle zu erklären, die man noch dulden darf. Es muß vielmehr zu denken geben, daß sich auch der Hitlerfaschismus auf so „unbestreitbare“ Tatbestände berief wie den, daß „die Juden“ ja einmal freiwillig nach Deutschland gekommen seien. Und wer es für die „humanste“ Lösung hält, „Nicht-Deutsche“ erst gar nicht „reinzulassen“, der macht schon jenen Unterschied zwischen „Deutschen“ und „Nichtdeutschen“, der es ermöglicht, daß „Nichtdeutsche“ als Sündenböcke für das herhalten müssen, was in „Deutschland“ nicht funktioniert.

Fortsetzung letzte Seite

Um den Rassismus zu bekämpfen, muß man nicht den Kommunismus bekämpfen, sondern eigene Kampfformationen schaffen, die den faschistischen Formationen gewachsen und überlegen sind.

Schon die Tatsache, daß der 9. November vielerorts von gemeinsamen Demonstrationen für Bleiberecht und „gegen Pogrom und Lager“ bestimmt sein soll, drückt einen breiten Willen aus, den Rassismus zu brandmarken. Aber ein Arbeiter muß hierzulande schon den größten Teil seines Lebens und die bisher schwerste Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung hinter sich haben, um durch die Erinnerung daran, daß er – ob als kommunistischer, parteiloser oder sozialdemokratischer Arbeiter – in den Reihen des Rotfrontkämpfer-Bundes kämpfte, zu wissen, daß der Kampf gegen den Faschismus ein Stück tatsächlichen und so notwendigen Zusammenschlusses der Arbeiter sein kann.

Anfänge von Widerstand auf der Grundlage solchen Wissens gab es und gibt es in unserem Land. So zum Beispiel am 17. Juni 1983, wo um einen ganzen Stadtteil ein lebendiger Schutzwall gebildet wurde, nämlich als Nazis und Rassisten nach Kreuzberg (SO36) in Westberlin wollten, um die dort lebenden Menschen aus aller Welt zum Verlassen „Deutschlands“ „aufzufordern“. Da kam einen ganzen Tag lang kein „Deutscher“ in diesen an der Grenze zur DDR gelegenen westberliner Stadtteil hinein, ohne daß er von unseren antifaschistischen Kontrollposten kontrolliert worden wäre. Und die Anständigen unter den Kontrollierten zeigten durchaus Verständnis dafür! Wir, die wir aus München und all den anderen westdeutschen Städten kamen, wo wir tätig sind, wir waren nur diesen Tag in diesem Westberlin gewesen. Das war ein Anfang, der den Weg wies, der heute aber nicht mehr genügt. Heute gilt es, in all unseren Städten durch Arbeiter, durch ihre Organisationen, durch Menschen, die wissen: Rassismus führt zum Krieg, antifaschistische Schutzwälle, Widerstandsformen gegen die staatlich verordnete Deportation und die Lager von ausländischen Mitbürgern aufzurichten. (KAZ-Foto Kreuzberg 1983)



Bundesweiter Aktionstag am 9. November!
Auf zur Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus!
Gegen Rassenwahn und Fremdenhaß!
Für ein gleichberechtigtes Zusammenleben!

Die neonazistischen Überfälle auf AusländerInnen, AsylbewerberInnen und ihre Einrichtungen haben sich in der letzten Zeit verstärkt. Allein in diesem Jahr wurden über 1000 Anschläge gezählt. Mittlerweile sind auch die ersten Todesopfer wie z.B. in Saarlouis, Hamburg zu beklagen. Hoyerwerda wurde nicht von faschistischen Banden „ausländerfrei“ gemacht. Es war die Staatsmacht, die seit über einem Jahr in der annektierten DDR das Kommando hat und sie war es, die Flüchtlinge und Arbeiter anderer Nationalitäten in Lager unbekannter Orts deportierte. Es war diese Staatsmacht, die die Gagner des Rassismus dann dort zusammenprügelte und verhaften ließ. Hoyerwerda steht für heute, wo der Sozialabbau verstärkt wird, die Politik dieses Landes.

Heute, wo der Sozialabbau verstärkt wird, die Steuern steigen, noch mehr Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot usw. bevorstehen, kommen die Faschisten den Kapitalisten gerade recht. Nach der Propaganda der letzteren sind an allem die Asylbewerberinnen schuld. So begründen auch die Faschisten ihre brutalen Angriffe. Die Vertreter der bürgerlichen und faschistischen Parteien unterscheiden sich in ihrer Demotationsweise lediglich in kleinen Details bzw. im Grad der Offenlegung ihrer ausländerfeindlichen Gesichter.

So ist es kein Zufall, daß ausnahmslos alle Parteien das „Asylanten- und Ausländerproblem“ in den Mittelpunkt ihrer Wahlen stellen. Z.B. das Ergebnis der Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft, bei dem die faschistischen Parteien einen Stimmenanteil von über 8% erreichten,

zeigt, welche gefährliche Tendenz zu verzeichnen ist. Die überraschten Gesichter, das vermeintliche Bedauern über das Abschneiden der Faschisten bei der Wahl, all das darf niemanden täuschen. Ihre Krokodilstränen dürften niemanden über ihre rassistisch-reaktionäre Ausländer- bzw. Asylpolitik hinwegtäuschen. Die Entwicklungen der letzten Monate zeigen deutlich, daß das Erstarren der neonazistischen Organisationen und die ausländischen ArbeiterInnen sollen uns gegenseitig den Schädel einschlagen, während die Verantwortlichen für unsere Probleme lachend zuschauen. Mit diesen Nationalismus und „Großdeutschland“-Pläng und Angriffen vernachlässigen sie den Nationalismus und antifaschistischen Kräften den gemeinsamen Kampf gegen den braunen Straßenterror und die Entscheidung der Parteien auf.

Deutsche und ausländische DemokratInnen und AntifaschistInnen müssen sich zu einer gemeinsamen Kampffront zusammenschließen. Die Zerschlagung der faschistischen Banden ist nur mit ihrem gemeinsamen Kampf möglich.

entfachen – nach vorangegangenen Annexionen – einen Weltbrand...

1991
 In den letzten Tagen des September setzen Faschisten in Hoyerwerda ein Fanal. Seitdem verstärkte sich die Zahl der Überfälle auf Flüchtlinge und Arbeiter anderer Nationalitäten drastisch. Von der Brandstiftung bis zum Mord (zwei Drittel davon übrigens in Westdeutschland). Kurz darauf werden die ausländischen Arbeiter deportiert. Hoyerwerda ist „ausländerfrei“, wie heute wie-

schisten ein!
 Vergessen wir nicht: Die Faschisten erfüllen lediglich ihre Pflicht als Hilfstruppen für das kapitalistische System. Der faschistische Straßenterror zeigt jedem(r), was ihm/ihr blüht, wenn „anständigen Deutschen“ werden im Berufsleben auch gegen sie eingesetzt werden. Die Geschichte bietet uns dafür genügend Beispiele.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, der Reichspogromnacht, gaben die Faschisten das Signal für die Pogrome gegen jüdische Menschen. Bereits am folgenden Tag wurden 20.000 Juden in Lager deportiert – in „Schutzhaft“ genommen. Deutschland (und später fast ganz Europa) wurde, wie die Nazis sagten, „judenfrei“ gemacht. Heute fordern die Faschisten und ihre Unterstützer mit ihren Parolen „Ausländer raus!“, „Asylanten raus!“ ein „ausländerfreies“ Deutschland. Auch heute werden Menschen in Sammelunterkünfte gesteckt werden. Auch heute werden die Rufe „Wehren wir den Anfängen!“ Verstärken wir unseren gemeinsamen Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus!

Verbot aller faschistischen Organisationen!
Stop der Ausländerfeindlichkeit, dem Rassismus und Faschismus!
Schluß mit dem staatlich organisierten Rassismus!
Keine Lager für Flüchtlinge und ArbeiterInnen anderer Nationalitäten!
Hoch die internationale Solidarität!

Verstärken wir unseren gemeinsamen Kampf gegen Rassismus und Faschismus!

Treten wir gemeinsam für ein Verbot der faschistischen Organisationen und eine scharfe Bestrafung aller Faschisten ein!
Rechte für Ausländer und Deutsche!
Rechte für Ausländer und Deutsche!
Verstärken wir unseren gemeinsamen Kampf gegen Rassismus und Faschismus!
Treten wir gemeinsam für ein Verbot der faschistischen Organisationen und eine scharfe Bestrafung aller Faschisten ein!

Aus
zum 9. November 1991
Aufrufen
 Vielerorts, in Hamburg, Berlin (West + Ost), Bremen, Kassel, Frankfurt, Aachen, Köln, Nürnberg, München und noch in vielen anderen Orten des zwangsvereinigten Deutschland haben Sozialdemokraten, Parteilose und wir Kommunisten Aktionskämpfe in Rassenkämpfe zu veranstalten. Folgt den örtlichen Aufrufen! Macht den (e.) 9. November zu einem Tag des geeinten Widerstandes gegen deutschen Rassenwahn!

Duisburg, den 24.10.1991
 Herausgegeben von: DIDF, Devrimçi İşçi, ATIF/ATIK, AGIF, Devrimçi Sol Güçler, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, KPÖ, Friedenforum Rhein-Sieg

Die Pogrome von 1991 sind ebensovienig „Dummejugenstreich“ wie die von 1938. Sie sind die logische Konsequenz der Politik des wiedererstarkten Großdeutschlands.
 Der Überfall landauf, landab auf Wohnheime von Flüchtlingen und Arbeitern anderer Nationalitäten bereitet den **Überfall auf andere Völker und Länder** vor. Die eigentlichen Verantwortlichen dafür sitzen in Bonn. Der Bremer Senat geht dabei bis zum Verfassungsbruch und beschleunigt damit diese rassistische Politik.
Wir rufen auf zur Demonstration

Heraus gegen Pogrom und deutschen Rassenwahn!

1938
 In der Nacht vom 9. auf den 10. November, der Reichspogromnacht, gaben die Faschisten das Signal für die Pogrome gegen jüdische Menschen.
 Bereits am folgenden Tag wurden 20000 Juden in Lager deportiert – in „Schutzhaft“ genommen. Deutschland (und später fast ganz Europa) wurde, wie die Nazis sagten, „judenfrei“ gemacht.

1939
 Keine 10 Monate später brannten die Nazis nicht mehr „nur“ die Synagogen nieder. Sie



Gerade weil die Arbeiter nichts als ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben, werden sie mit Recht darauf bestehen, nach einem Käufer zu suchen, damit sie leben können, und sich im Zweifelsfall an den Käufer zu halten, der ihnen mehr als ein anderer für ihre Arbeitskraft zahlt, und deswegen den Betrieb wechseln – oder eben das Land! Oder wollt ihr ganze Heerscharen von Arbeitern aus Deutschland dafür kritisieren, daß sie im vorigen Jahrhundert nicht gefragt haben, ob sie in Amerika „willkommen“ sind, sondern ihre letzten Pfennige zusammengekratzt haben, um die lange Fahrt dorthin anzutreten? Die Frage ist doch nicht, woher einer kommt, sondern ob man gegen die zusammenhält, die einen Vorteil davon haben, wenn sie die Arbeiter gegeneinander auspielen. „Der Nationalismus der großen Herren nützt den großen Herren. Der Nationalismus der armen Leute nützt ebenfalls den großen Herren. Der Nationalismus wird nicht besser dadurch, daß er in armen Leuten steckt; dadurch wird er nur ganz und gar unsinnig.“ (Bertolt Brecht)

und schützt sie selbst!

Gibt es wirklich keinen Ausweg, wenigstens keinen sofort und jetzt gangbaren, aus einer Lage, in der Menschen wie du und ich sogar noch dafür dankbar sein müssen, daß sie in Lager gesteckt werden, weil sie sonst nicht sicher sind?

Gibt es wirklich nichts Besseres als einen Staat, dessen Humanität darin gipfelt, die „Ausländerflut“ an den Grenzen

ezindämmen und die Menschen anderer Nationen in Lager zu stecken? Das eine ist so rassistisch wie das andere: Schon an der Grenze wird selektiert, wer „Deutscher“ ist und wer nicht, und das ist nach wie vor eine der finstersten Unterscheidungen, die es gibt. Denn deutscher Staatsbürger ist nicht, wer im Hoheitsgebiet dieses Staates lebt, sondern wer den Nachweis erbringen kann, daß er oder seine Vorfahren zu Hitlers Deutschland von 1937 gehörten. Dieser Grundgesetzartikel 116.(1) hat mit der „Heimholung“ der Deutschen jenseits der Elbe seine Schuldigkeit nicht etwa getan, sondern dient z.B. dazu, daß jenseits von Oder und Neiße mittlerweile immer mehr polni-



Der Entschluß, hinfort „deutsch zu sein“, gleiche einem Entschluß, hinfort „blauäugig“ zu sein, wenn nicht mehr dahintersteckte oder weniger, wie man es nimmt. Da nämlich, welche Schichten immer jetzt in Deutschland etwas Besonderes für sich erwarten, sie dies nur von anderen Schichten, die ebenfalls deutsch sind, erwarten können, ist der plötzliche Entschluß, deutsch zu sein, ein Entschluß, deutscher zu sein, das heißt deutscher als andere Deutsche.

Jene Schichten nun, die, wie man gefunden hat, weniger deutsch sind als die eben deutscheren, sind merkwürdigerweise gerade die Schichten, denen man, wie man glaubt, noch etwas wegnehmen kann, die Arbeiter. Sie sind zwar auch deutsch, wissen es aber noch nicht, da „deutsch sein“ bei ihnen „opferbereit sein“ hieße. Und in diesem Sinne „deutsch“ sein, das müßten sie wirklich, wenn die Träume der anderen Schichten in Erfüllung gehen sollen.

★

Sollen sie unter eine neue Diktatur kommen? Ist für sie eine neue Unfreiheit vorgesehen?

Gedanken aus alter Zeit für heute geschrieben von Bertolt Brecht

Sie sollen unter keine neue Diktatur kommen, es ist für sie keine neue Unfreiheit vorgesehen, sagen die Vertreter der Arbeiterklasse. Aber sie können ihre Freiheit nicht durch einen bloßen Gesetzerlaß zudiktieren bekommen. Sie haben sie zu erwerben. Sie werden genau so weit frei sein, genau so weit diktieren können, als sie die Bedingungen für die allgemeine Freiheit herstellen helfen. Die Freiheit ist eine Produktion und eine Sache der Produktion. Die Menschen müssen die Produktion befreien, ihre Fesseln abstreifen, dann sind sie frei. Nur bei einer Produktion aller Menschen für alle Menschen sind alle Menschen frei. Der Bauer kann nicht mehr die Freiheit erlangen, welche eine Unfreiheit der Arbeiter bedeuten würde, der Angestellte nicht mehr die gehobene Existenz bekommen, die die gedrückte der Arbeiter bedeuten würde. Und das ganze deutsche Volk kann nicht mehr, nie mehr die Freiheit

sche Staatsbürger einen „deutschen Paß“ bekommen, mit dem sie ihr „Deutschtum“ reklamieren können, sei es an der Grenze oder in Polen selbst. Allerdings: „Ein Jude kann nicht Deutscher sein“, wie die „taz Berlin“ am 30.8. dieses Jahres berichtete. Das Ehepaar Dolgitzer war 1979 aus Riga in die Bundesrepublik eingereist und hatte Vertriebenen-Ausweise bekommen. Sieben Jahre später wurden ihnen diese Ausweise wieder weggenommen, weil sich herausstellte, daß in der Geburtsurkunde „Jude“ stand. Und jetzt, 1991, erklärte das Oberlandesgericht Berlin es für rechtens, daß das „Deutschtum“ mit der Begründung aberkannt worden ist: „... die Eintragung als Jude stehe einer ‚deutschen Volkstumsbekundung‘ entgegen.“

Alles natürlich nur Einzelfälle. So wie die Deportation der Ausländer aus Hoyerswerda bisher nur ein Einzelfall war. Wie wäre es aber mit einem anderen Einzelfall: Nämlich wenn sowohl die Nazis als auch die gegebenenfalls zur Abholung der Ausländer anrückende Polizei vor dem Haus eine Gruppe von Arbeitern vorfände, die dessen Bewohner schützen – durch eine Mauer, nicht aus Stein und Stacheldraht, sondern durch einen antifaschistischen Schutzwall aus Fleisch und Blut? Wäre das nicht zugleich etwas mehr als ein Einzelfall? Nämlich eine Tat, die zu tun und mit der sich zu solidarisieren auch ein Stück Selbstachtung der Arbeiter wäre. Ein Stück jener Selbstachtung, die gerade den Arbeitern in der einverleibten DDR ausgetrieben werden soll und die aber jeder Arbeiter nötig hat.

bekommen, welche eine Freiheit zur Unterdrückung anderer Völker bedeuten würde.

★

Die Arbeiterklasse ist die Klasse, die nicht nur einen Plan hat, der für eine Klasse (die Arbeiter) gut ist oder nur für ein Volk (das deutsche). Es ist falsch, zu sagen, daß das faschistische Deutschland keinen Krieg benötigt, so richtig es ist, daß Deutschland (vom Kapitalismus befreit) keinen Krieg benötigte. Das kapitalistische System benötigt Kriege. Es ist ein internationales System der Wirtschaft, in dem zuweilen einige Staaten keinen Krieg und andere einen Krieg benötigen. Genau, wie die herrschenden Klassen innerhalb der Völker einen permanenten Krieg gegen die nicht herrschenden Klassen führen müssen, um sich an der Herrschaft zu erhalten. Hitlers außenpolitischer Friede ist ein Friede für den Fall, daß die Forderungen erfüllt werden. So steht es mit seinem Klassenfrieden. Er hat einen äußeren und einen inneren Kriegsschauplatz, und der Friede ist der Gewaltfriede, der durch Zerschlagung des Widerstands geschaffen werden soll.

Aus: Aufsätze über den Faschismus, 1933-1939

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Flugschrift der Kommunistischen Arbeiterzeitung (November 1991). Druck und Verlag: Das Freie Buch, Tulbeckstr. 4, 8 München 2

**KOMMUNISTISCHE
ARBEITERZEITUNG**